

Winterschlaf beenden und sich den neuen Angriffen entgegenstellen

Unter Führung der Arbeitgeberverbände bei tatkräftiger Unterstützung durch den Bundespräsidenten, die Regierung und die Opposition von CDU/CSU und FDP wird die nächste Etappe des Angriffs auf die Sozialsysteme, die Löhne und Gehälter und auf wichtige Rechte, wie Tarifautonomie und Kündigungsschutz eingeleitet. Die Sozialsysteme sollen am besten komplett von den Löhnen abgekoppelt werden (Köhler), und alles muss der Schaffung neuer Arbeitsplätze untergeordnet werden. Das bedeutet weitere Absenkung der Löhne, damit die internationale Konkurrenzfähigkeit weiter ausgebaut werden kann, sprich die Exportoffensive verstärkt wird. Der sog. Jobgipfel ist nichts anderes als eine politische Inszenierung, bei dem es nicht wirklich um die Schaffung neuer Arbeitsplätze, sondern um weitere Steuerermäßigungen und bessere Verwertungs-

bedingungen für das Kapital geht. Die Senkung der Körperschaftssteuer wird sich verheerend für die öffentlichen Finanzen auswirken und dort zu weiterer Arbeitsplatzvernichtung und Privatisierung führen.

Eine spürbare, klare Antwort der Gewerkschaften bleibt aus, nicht einmal verbal wird diese Politik deutlich und klar angegriffen. Das Gejammer des DGB-Vorsitzenden, Michael

Sommer, dass Betriebsräte und Gewerkschaften in der Rede von Köhler nicht vorkommen würden, ist nachgerade peinlich. Was wird denn von jemanden erwartet, der von der Spitze des Finanzkapitals ins Bundespräsidentenamt wechselt? Aber der DGB ist zu sehr damit beschäftigt, seinen Frieden mit den Ergebnissen des Sozialabbaus und vor allem mit der Regierung zu machen, als dass von ihm ernsthafter Widerstand zu erwarten wäre. Dabei scheint das Volk gut zu kapieren, was es mit dem sog. Jobgipfel auf sich hat. 82 Prozent der Bevölkerung glauben laut einer Umfrage nicht, dass das Treffen von Regierung und Opposition mehr Arbeitsplätze und größeres Wirtschaftswachstum bringen wird. An dieser Bewusstseinslage könnten die Gewerkschaften gut ansetzen und mit eigenen Forderungen und Alternativen in die politische Arena steigen.

Diese Forderungen müssten die Interessen der Beschäftigten, Arbeitslosen, Rentner/innen, sowie Schüler und Studenten/innen miteinander verbinden und geeignet sein, das Bündnis gegen Sozialabbau, das am 3.4.04 500 000 Menschen auf die Straße gebracht hat, wieder zu beleben oder gar auszubauen. Im Arbeitsausschuss des Bündnisses gegen Sozialkahlschlag (Frankfurter Appell) wurden einige dieser Forderungen diskutiert, wie z.B.

-Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes von 1500 Euro im Monat oder 10 Euro in der Stunde. Es ist eine Illusion, dass die Erosion der Löhne und

Gehälter und der sich rasend ausdehnende Niedriglohnsektor allein mit tariflichen Mitteln aufgehalten werden kann, zumal die Flächentarifverträge ebenfalls erodieren. Dafür wäre es natürlich glaubwürdiger gewesen, wenn ver.di, die ja im öffentlichen Dienst einen Mindestlohn von 1540 Euro hatte, nicht beim neuen Tarifvertrag ÖD eine Niedriglohngruppe von 1286 Euro akzeptiert hätte.

-Umverteilung von Reichtum und Vermögen, insbesondere durch eine andere Steuerpolitik und höhere Löhne/Gehälter. Die Einführung der Vermögens- und Erhöhung der Erbschaftssteuer für große Vermögen und Erbschaften, wie auch die Rückgängigmachung der verschiedenen Unternehmenssteuerreformen sind nur einige Beispiele dafür.

-Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich statt Arbeitszeitverlängerung. Der Verzicht auf diese Forderung hat mit ermöglicht, dass die Gewerkschaften in der Arbeitszeitfrage mit dem Rücken zur Wand stehen und aus der Defensive nicht mehr herauskommen.

-Keine Privatisierung, sondern Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge und Rekommunalisierung bereits privatisierter Bereiche. Gerade die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen, deren Einstellung oder Verteuerung stellt die andere Seite des Sozialabbaus dar. Beschäftigte und betroffene Bürger/innen können gleichermaßen mobilisiert werden, wie der erfolgreiche Widerstand gegen die Privatisierung des Stuttgarter Klinikums beweist.

-Hartz IV muss genauso weg, wie die anderen Verschlechterungen und Zumutbarkeitsverschärfungen für Erwerbslose. Der DGB darf mit dieser Verarmungs- und Disziplinierungsreform keinen Frieden machen.

Darüber hinaus muss für die Gewerkschaften der Widerstand gegen die rasende Erosion der Flächentarifverträge absolut und schnell in den Vordergrund gestellt werden. Hier wird die Existenzgrundlage der Beschäftigten und die der Gewerkschaften aufs massivste bedroht. Zu meinen, dass die Tarifverträge von jeder Gewerkschaft für sich oder gar in einzelnen Betrieben verteidigt werden können, ist nicht nur pure Illusion, sondern absolute Dummheit, die jeden Tag durch die Wirklichkeit korrigiert wird.

Die Verteidigung der Flächentarifverträge bedarf einer Kraftanstrengung aller Gewerkschaften und muss gleichzeitig zu einer gesellschaftlichen Frage gemacht werden.

Von den Gewerkschaften im derzeitigen Zustand und von der Mehrheit der Gewerkschaftsführungen ist kaum zu erwarten, dass sie die hier angedeuteten Vorschläge aufgreifen und in praktische Politik umsetzen werden. Wie schon bei der Großdemonstration am 1.11.03 in Berlin, müssen die gewerkschaftlichen Basisgruppen, Vertrauensleutekörper, Orts- und Bezirksvorstände, usw. diese Positionen aufgreifen, sich vernetzen und den Widerstand gegen die weiteren Etappen des Sozial- und Lohnabbaus wieder aufbauen.

Die Gewerkschaftslinken kann hierzu wichtige Beiträge leisten, insbesondere zur geistig/politischen Klarheit beitragen, die Vernetzungsanstrengungen unterstützen und die nächsten konkreten Schritte einleiten.

Stuttgart, den 16.3.05

Bernd Riexinger

“Gewerkschaftspolitik jenseits von Standort- und Wettbewerbsfähigkeit!”

6. Bundestreffen der Gewerkschaftslinken am 14./15. Januar 2005 in Stuttgart

Über 350 Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen am 14./15. Januar 2005 nach Stuttgart – viele von ihnen mit einer Menge Wut im Bauch. Und sie behielten ihren Ärger nicht für sich – sondern wollten ihn loswerden. Kein Wunder, dass

dabei manchmal das Gehirn auch gleich die Funktion der Galle mit übernahm. Siemens, Daimler-Chrysler, Opel, VW – von den Konzernen hatten sie ohnehin nichts anderes erwartet. Aber von ihrer Gewerkschaft: “Wenn ihr eurer Aufgabe schon nicht nachkommt, betrieblichen Widerstand überbetrieulich zu vernetzen, dann unterstützt uns wenigstens und behindert uns nicht

noch”, rief ein Teilnehmer erregt in das Mikrofon. Und immer wieder wurden Spitzenfunktionäre zitiert, ihnen vorgehalten, dass sie der gleichen Ideologie wie die Kapitalvertreter anhängen:

“Wenn sie sprechen von Wettbewerb, Exportweltmeister und Standortvorteilen, dann denken sie auch so. Wenn sie die Profitlogik des Kapitals verinnerlicht haben, ist es kein Wunder, wenn sie außer Stande sind, konsequent Arbeiterinteressen zu vertreten.” Diese Diskussion zog sich wie ein roter Faden durch die Konferenz, gleich welches Thema auf der Tagesordnung anstand. Resümee: Den Gewerkschaftsfunktionären, die mit dem Kapitalismus ihren Frieden gemacht haben, wurde der Streit verkündet.

Gründe für den Niedergang der amerikanischen Automobilarbeitergewerkschaft,

Referent: Dr. Heiner Köhnen, tie-Transnationals Informations-Exchange, Frankfurt/M.

Gegenübergestellt wurde die Konzessionspolitik der UAW in den 80er und 90er Jahren, die zu einer Niederlage auf breiter Front führte, mit der kanadischen CAW. Während bei der UAW ein Bedeutungsverlust, Rückgang der Mitgliederzahlen und Organisationsfähigkeit, Schwächung der strukturellen Bedeutung der Tarifabschlüsse und Verlust der Kampffähigkeit durch Fakten und Zahlen nachgewiesen wurde, konnte die CAW ihre Kampffähigkeit erhalten, ihren Organisationsgrad erhöhen, bessere Tarifabschlüsse erzielen und sich als politische Kraft behaupten. Der CAW gelang es mit Hilfe eines neuen Selbstverständnisses als Motor

und Garant für gesellschaftliche Veränderungen, soziale Bewegung und Widerstand zu organisieren. Damit verbunden war der Aufbau einer Kultur des Widerstandes, Demokratie und Selbstbestimmung als Dreh- und Angelpunkt der politischen Strategie und Aufhebung der Trennung von Ökonomie und Politik. Auf Dauer ist es der CAW jedoch nicht gelungen, dieses Selbstverständnis und eine damit einhergehende Praxis aufrecht zu erhalten.

Schwierigkeiten waren u.a.

- ein kollektives Gedächtnis zu schaffen,
- Bewegung zu organisieren,
- die eigene betriebliche und gewerkschaftliche Praxis kontinuierlich zu reflektieren, zu verallgemeinern und weiter zu entwickeln.

“Gewerkschaften in der Globalisierungsfalle”

Referent: Werner Sauerborn,
ver.di Landesbezirk
Baden-Württemberg

Die gewerkschaftliche Schwäche hat mit globaler Erpressbarkeit zu tun. Um unsere Krise zu lösen, müssen wir sie zuerst deutlich registrieren: Das ist kein Schnupfen, das ist eine lebensbedrohliche Erkrankung! Die ökonomische Globalisierung schränkt die Widerstandsfähigkeit der Gewerkschaften dramatisch ein. Weltweiter Konkurrenz auf den Arbeitsmärkten können wir nur begegnen, wenn sich die Gewerkschaften längerfristig zu “Global Unions” entwickeln. Beim Opel-Konflikt wurde das deutlich. Dem Standort-Erpressungsversuch hätte die Gewerkschaft eine vollständige Branchensolidarisierung entgegensetzen müssen. Da stehen sich polnische, schwedische, belgische und deutsche Standorte gegenüber. Die Gewerkschaftslinken sind dazu berufen, Antworten auf Globalisierungsdruck und Standorterpressung einzufordern

und zu entwickeln. Die Gewerkschaften sind das wichtigste, was Arbeiter haben. Von ihrer Handlungsfähigkeit hängt die soziale Lage nicht nur der Arbeiter, sondern auch der Arbeitslosen, Sozialhilfeempfänger und Rentner ab. Als Arbeiter sind wir nicht Kunden der Gewerkschaft; es sind unsere Organisationen und deshalb müssen wir sie wieder so herstellen, wie wir sie brauchen (weiteres: Supplement zum “Sozialismus” Nr. 10/2004).

Podiumsdiskussion: “Erfahrungen und Ergebnisse betrieblicher Kämpfe”

Moderiert von Mag Wompe, Labournet, berichten Wolfgang Schaumburg (Opel Bochum), Tom Adler (Daimler-Chrysler) und Wolfgang Teuber für den verhinderten Gesamtbetriebsratsvorsitzenden der Hamburger Hafearbeiter, Bernd Kamin, über ihre Erfahrungen. Während die Berichte über die Auseinandersetzungen bei Opel und Daimler-Chrysler eindeutig von den überwiegend negativen Erfahrungen mit der offiziellen Betriebsrats- und Gewerkschaftspolitik bestimmt waren, führten die Auseinandersetzungen der europäischen Hafearbeiter über einen Richtlinienentwurf der Europäischen Kommission zur Deregulierung der Seehäfen zu einem positiven Zwischenergebnis. Die grenzüberschreitende Koordination beteiligter Gewerkschaften erfolgte über die Sitzungen der Lenkungsgruppe der Sektion der Hafearbeiter in der ETF sowie auf informellen Wegen einzelner führender Funktionäre. Erschwert wurde das ganze durch zwei konkurrierende Dachverbände, die Hafearbeiter organisieren: Zum einen die ETF als europäische Sektion der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF) und zum anderen das International Dockworkers

Council (IDC), in dem die französische CGT und die spanische Coordinadora organisiert sind. Es gab zum Teil gravierende Unterschiede in den rechtlichen Rahmenbedingungen, unter denen die nationalen Gewerkschaften ihre Kämpfe zu führen hatten. In einem Teil der Länder sind politische Arbeitskämpfe unzulässig. Darum würde z.B. in Deutschland nicht zum Streik, sondern zur Teilnahme an Demonstrationen während der Arbeitszeit aufgerufen. Der Kampf der Hafearbeiter hat dazu geführt, dass das Europäische Parlament mit knapper Mehrheit den Richtlinienentwurf abgelehnt hat. Hierin sollte die Deregulierung der bestehenden Arbeitssysteme in den europäischen Häfen angeordnet werden. In den Arbeitssystemen wurde seinerzeit die Tagelöhnerarbeit abgeschafft und geregelt, wer Zugang zur Arbeit im Hafen hat. Allerdings wird die Auseinandersetzung weiter gehen. Am 13.10.2004 wurde bereits ein neuer Richtlinienentwurf, ein “Port Package II” aufgelegt.

“Neue Kämpfe – neue Vernetzung”

Referent: Jakob Schäfer,
Wiesbaden

Dieser Tagesordnungspunkt nahm einen erheblichen Teil des zweiten Konferenztages in Anspruch. Im Zentrum der über 30 Diskussionsbeiträge stand die Frage, wie die Gewerkschaftslinken ihre Arbeit und ihren Anspruch definiert. In der unten abgedruckten Abschlusserklärung, die von Mitgliedern des Arbeitsausschusses formuliert wurde, werden wichtige Diskussionspunkte festgehalten.

Arbeitsgruppen

Den Arbeitsgruppen blieb nur wenig Zeit.

- Zur "Tarifrunde Öffentlicher Dienst" wurde u.a. der Verzicht auf die Kündigung des Tarifvertrages und die damit fehlende Arbeitskampffähigkeit kritisch diskutiert. Weiterer Kritikpunkt war, dass ohne Mitgliederdiskussion das Drehbuch für die Tarifrunde 2005 im Kleingedruckten der Tarifrunde 2003 bereits geschrieben wurde, in dem durch die sog. Prozessvereinbarung den Arbeitgebern wesentliche Zugeständnisse gemacht wurden.

- In ihrem Einleitungsreferat formulierte Kirsten Huckenbeck einige Fragen zum Begriff der Standortsicherung. Sie verwies darauf, dass Standortsicherung zunächst immer nur Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen der aktuell Beschäftigten und dies auch nur unter dem Vorbehalt der "wirtschaftlichen Entwicklung" bedeutet. Letzteres eine Klausel, die seit Anfang der 90er Jahre unter jedem Standortsicherungsvertrag zu finden ist. In der Diskussion wurde klar, dass die Auseinandersetzungen auf der betrieblichen Ebene (allein) nicht zu gewinnen sind. Wesentlich ist die gemeinsame politische Aktivität, die den Betrieb bewusst verlässt. Konkrete Handlungsvorschläge: Für Beschlüsse in übergeordneten Gewerkschaftsgremien kämpfen, die Haltelinien einziehen, gegen Vereinbarungen, die Tarifstandards zugunsten von illusorischen "Standortsicherungen" zerschlagen. Den Kolleginnen und Kollegen solle

klargemacht werden, was "Standortsicherungen" tatsächlich wert sind: Langjährige Erfahrungen könnten aufgearbeitet werden – Standortsicherung wird benutzt, um gegen nichts große Zugeständnisse zu erpressen.

- Mag Wompel berichtete von Beispielen über neue Aktionsformen der Arbeiter: Was ist ein "Unstreik", was eine "Online-Demo"? Mag Wompel glaubt, dass gerade im Gewerkschaftsspektrum neue Aktionsformen notwendig sind, die sich unter Bedingungen durchführen lassen, die das traditionelle Mittel des "regulären" Streiks verbieten. Ein gelungenes Beispiel sieht die Referentin in dem "Nicht-Streik", mit dem kanadische Beschäftigte der notorisch gewerkschaftsfeindlichen Kaffeehauskette "Starbucks" vor einigen Jahren die Kunden auf ihre Belange aufmerksam gemacht haben. Die Mitarbeiter des Konzerns, der großen Wert auf ein einheitlich-properes Erscheinungsbild der Angestellten legt, erschienen nicht im Corporate-Outfit, sondern in Räuberzivil: Gefärbte Haare, Tätowierungen, Kaffeeausschank im Morgenmantel. Unter Berücksichtigung der im Medienkapitalismus explodierten Bedeutung von Produkt- und Firmenimage haben neue Aktionsformen die alte Idee des Boykotts modernisiert. Dazu hat es auch in Deutschland einen zumindest vielversprechenden Ansatz gegeben: Die von antirassistischen Gruppen organisierte "Internetdemonstration" gegen Abschiebung im Rahmen der "Deportation Class – Kampagne" gegen die Lufthansa im Jahre 2001.

Ewald Wehner

Abschlussklärung zur Konferenz der Gewerkschaftslinken in Stuttgart

In einer von Mitgliedern des Arbeitsausschusses vorgelegten Abschlussklärung zur Konferenz der Gewerkschaftslinken in Stuttgart wurden die Diskussionen wie folgt zusammengefasst:

Sozialkahlschlag braucht Gegenwehr!

Die Angriffe der SPD/GRÜNEN-Bundesregierung, der bürgerlichen Parlamentsopposition von CDU/CSU und FDP sowie der Kapitalverbände auf das Sozialsystem haben eine neue Qualität erreicht. Ob Rentenversicherung, Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung oder gewerkschaftliche Flächentarifverträge, ausnahmslos werden sie unter dem verharmlosenden Namen Agenda 2010 systematisch ausgehöhlt und in ihrer Substanz grundsätzlich in Frage gestellt. Durch diese als Reform-Politik getarnten Angriffe wird sich die Situation von vielen Millionen Menschen in und außerhalb der Betriebe drastisch verschlechtern. Noch mehr Armut wegen Erwerbslosigkeit und noch mehr Armut trotz Arbeit werden die Folge sein. In dieser Situation gilt es, die sozialen Errungenschaften mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu verteidigen.

Liebe Kollegin,
lieber Kollege,
heute erhältst Du die fünfte Ausgabe des Infos der Gewerkschaftslinken. Bitte teile uns baldigst Deine e-mail-Adresse mit, damit wir Dir auch die folgenden Ausgaben des Info zustellen können.

Die Herausgeber

Die EU-Kommission will mit einer Richtlinie den gesamten Dienstleistungssektor in der EU deregulieren. Bei diesem antidemokratischen Kahlschlagsprojekt geht es um nichts anderes als dem Kapital neue Anlagfelder zu eröffnen und die öffentlichen Dienstleistungen gewaltig einzuschränken, was nur auf Kosten der Lohnabhängigen und der Bedürftigen geht. Die zurzeit sich entwickelnde Kampagne gegen die so genannte Bolkestein-Richtlinie unterstützen wir und rufen die Gewerkschaften auf, allen Deregulierungsbestrebungen der EU entschlossen Widerstand entgegenzusetzen.



Aber das allein reicht nicht aus! Selbst wenn z.B. die Hartz-Gesetze wieder abgeschafft werden, stellt sich die Frage, wie Erwerbslosigkeit und Armut zu bekämpfen sind und was wir der Ausdehnung ungeschützter Beschäftigungsverhältnisse sowie der steigenden Ausbeutung in den Betrieben entgegensetzen können.

Der Aushöhlung des Flächentarifvertrages entgegentreten

Die Gewerkschaftsführungen suchen den Flächentarifvertrag zu retten, indem sie dem Kapital

Öffnungsklauseln anbieten. Die Folge ist eine Aushöhlung, was den Zielen der Unternehmer nach Verbetrieblichung entgegenkommt. Damit wird der Flächentarifvertrag seiner wichtigsten Wirkung, nämlich die Konkurrenz der Beschäftigten untereinander aufzuheben, beraubt, und er wird zu einer leeren Hülle entwertet. Dieser Tendenz müssen wir entgegentreten und versuchen, sie rückgängig zu machen.

Massenerwerbslosigkeit, die Geisel des Kapitalismus

Allein mit der Androhung von Entlassungen, gelingt es dem Kapital ganze Belegschaften zum Verzicht auf ihre Ansprüche

zu erpressen. Erwerbslose sind schon aufgrund ihrer gesellschaftlichen Stellung weitgehend ausgegrenzt. Die Massenerwerbslosigkeit ist nicht nur die schlimmste Form gesellschaftlicher Ausgrenzung, sie ist auch das wichtigste Druck- und Erpressungsinstrument für das Kapital und seine parlamentarischen Interessenvertreter, um möglichen Widerstand zu unterdrücken und um dadurch die neoliberale Politik auf allen Ebenen der Gesellschaft und in den Betrieben möglichst ungestört und uneingeschränkt umsetzen zu können. Der Kampf gegen die neoliberale Politik

beinhaltet somit als zentralen Kern den Kampf gegen die Erwerbslosigkeit.

Arbeitszeitverkürzung ist das Gebot der Stunde

Arbeitszeitverlängerung bedeutet einen weiteren Anstieg der Erwerbslosigkeit und einen Verlust an Lebensqualität; deshalb müssen wir uns dagegen zur Wehr setzen. Aber das reicht nicht aus. Wir dürfen nicht zulassen, dass die einen immer länger, oftmals unter schlimmsten Arbeitsbedingungen, arbeiten müssen, um ihre Existenz zu sichern, während die anderen immer weiter aus dem Arbeitsmarkt gedrängt werden ohne jede Lebensperspektive. Nur über die Verteilung der Arbeit durch eine radikale Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich kann die Massenerwerbslosigkeit wirksam bekämpft werden. Geld dafür ist genug da, wie z.B. die Rekordprofite von Daimler-Chrysler, Siemens und vielen anderen Konzernen zeigen.

Mindestlohn gegen weitere Lohnsenkung

Gegen Lohndumping und um die Abwärtsspirale bei den Löhnen zu stoppen, muss ein Mindestlohn durchgesetzt werden. Es ist nicht hinnehmbar, dass Menschen gezwungen werden, für 2,50 Euro brutto in der Stunde zu arbeiten! Um eine positive Wirkung entfalten zu können, muss ein Mindestlohn so hoch sein, dass er nicht als Begründung zum Absenken von Löhnen dienen kann. Ein Mindestlohn von 10 Euro/ Stunde würde für über 30% der abhängig Beschäftigten eine deutliche Verbesserung der Einkommens- und

Lebenssituation bedeuten. Gleichzeitig muss ein Mindestlohn dynamisiert werden; d.h. er muss jedes Jahr um den Prozentsatz des Anstiegs der Lebenshaltungskosten angehoben werden.

Widerstand ist möglich

Mit den Montagsdemonstrationen und anderen Anti-Hartz-Aktionen hat sich im letzten Sommer eine große Protestbewegung gegen den organisierten Sozialkalkuschlag entwickelt. Auch der Widerstand der Belegschaften bei Daimler-Chrysler gegen das vom Management verordnete Einsparungsdiktat, insbesondere die Besetzung der B10 und die einwöchige Arbeitsniederlegung bei Opel Bochum gegen Massenentlassungen zeigen den vorhandenen Widerstandswillen von Betroffenen und beweisen: Widerstand ist möglich! Es ist

aber nötig, die bisher nur vereinzelt und isoliert geführten

Abwehrkämpfe auszuweiten und weiterzuentwickeln. Der soziale Protest muss mit dem betrieblichen Protest zusammengeführt werden, um mehr Durchschlags- und Anziehungskraft zu entfalten.

Statt Co-Management konsequenter Kampf

Um unsere Forderungen durchsetzen zu können, brauchen wir neben den Erwerbsloseninitiativen und Bündnissen gegen Sozialabbau die

gewerkschaftlichen Massenorganisationen. Die Gewerkschaften bleiben trotz der Co-Management-Politik der Vorstände immer noch die stärkste Organisation der abhängig Beschäftigten in Deutschland. Gegen die katastrophale Politik des Stillhaltens der Gewerkschaftsvorstände organisieren sich derzeit Strömungen, wie die Gewerkschaftslinker oder die ver.di-Linke, die versuchen, eine klassenkämpferische Alternative zu entwickeln. Es braucht die gemeinsame Organisation aller kämpferischen Kräfte in den Gewerkschaften, um genug

Es wird uns jedoch nur gelingen, die Kolleginnen und Kollegen zu gewinnen, wenn wir Alternativen aufzeigen können. Ohne eine Vorstellung einer anderen Gesellschaft lässt sich keine vorwärts treibende Reformpolitik mehr machen. Dabei geht es nicht nur um Sachfragen, sondern um Machtfragen. Eine solidarische Gesellschaft ohne Ausbeutung und Krieg kann nicht erkämpft werden, wenn wir nicht beginnen, die kapitalistische Wirtschaftsordnung in Frage zu stellen.

Die Gewerkschaftslinker ist heute wichtiger denn je!

Wir rufen auf, in allen Orten Gruppen und Foren zu bilden und zu stärken, Veranstaltungen durchzuführen und für eine Wende der Gewerkschaftsbewegung zu kämpfen. Wir haben beschlossen, in den nächsten

Infineon-Mitarbeiter kämpfen um 1000 Stellen

Am 19. März 2005 demonstrierten die Beschäftigten des Chipherstellers Infineon in München-Perlach gegen Entlassungen und Produktionsverlagerungen. Betriebsrat Jakob Hauser bezeichnete die geplante Schließung als Sauerei und sagte: „Wir lassen uns nicht auf die Straße setzen; wir haben das Unternehmen mit aufgebaut.“ Der bisherige Betriebsleiter Hermann Jacobs wurde ausgepiffen. Die Demonstranten erklärten: „Wir bleiben hier; die Null-Ideen-Manager können gehen.“
Süddeutsche Zeitung 21.3.2005

Druck für einen Kurswechsel aufzubauen!

Gegen die fortgesetzte Umverteilungspolitik zu Lasten der Erwerbslosen und Lohnabhängigen setzen wir den gemeinsamen Abwehrkampf in den Betrieben und auf der Straße. Warten wir nicht darauf, dass andere für uns handeln. Werden wir selbst aktiv gegen die Agenda 2010, die Hartz-Gesetze und die Angriffe auf die Flächentarifverträge! Kämpfen wir gemeinsam für die Durchsetzung der 30-Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich als nächsten sichtbaren Schritt sowie für 10 Euro Mindestlohn!

Monaten einen weiteren Kongress abzuhalten.

Wir werden eine Plattform entwickeln und Strukturen aufbauen, um

- kämpfende Belegschaften solidarisch zu unterstützen,
- aktive Gruppen vor Ort zu vernetzen und zu stärken,
- öffentlich Position zu ergreifen,
- in Aktionsbündnissen für breite Mobilisierung gegen die Angriffe der Regierung und der Unternehmer zu wirken und eine politische Alternative zur Unterwerfung und Anpassung an dieses System, eine Alternative zum Kapitalismus, seiner Ausbeutung und seiner Krisen zu entwickeln.

Eckpunkte für die Neuorientierung der IG Metall von den Kollegen und Kolleginnen des Metalltreffs des Zukunftsforums Stuttgart

1. Wir sind als ArbeitnehmerInnen und Gewerkschafter nicht mit einzelnen unfähigen oder durchgeknallten Unternehmern oder Managern konfrontiert, sondern mit einem Generalangriff des Kapitals, unterstützt von Regierung, Opposition und der Mehrheit der Medien.

2. Dagegen hilft uns kein Verzicht oder das Hoffen auf Waffenstillstand. Wir müssen überall zu kämpferischen Formen der Auseinandersetzung greifen - der Generalstreik gegen den Generalangriff muss (in der Perspektive) vorbereitet werden.

3. Um aus der Kette von Verzicht, Niederlagen und Mitgliederverlusten herauszukommen, halten wir eine Wende in der IG Metall für nötig: Die Situation muss offen diskutiert werden, nichts soll beschönigt werden.

4. Wir verteidigen die 35-Stunden-Woche. Weitere Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich bleibt die einzig wirksame Strategie gegen die Massenarbeitslosigkeit.

5. Wir verteidigen die Idee des Flächentarifvertrags: Gleiche Standards müssen wir gemeinsam durchsetzen – gerade durch aktive Solidarität im Häuserkampf!

6. Gewerkschaft als die solidarische Verteidigung der Arbeitsbedingungen funktioniert besonders in Zeiten der Krise nur international.

7. Internationale gewerkschaftliche Kontakte und Strukturen müssen deshalb ausgebaut werden. Umgekehrt richten alle Versuche, den eigenen Standort auf Kosten der anderen zu sichern, nur Schaden für alle an. Sie zerstören letztlich die Gewerkschaft.



8. Gegen die Spaltung der Belegschaften durch die Unternehmer, setzen wir auf die Organisierung der prekär Beschäftigten (Befristete, Leiharbeiter, Fremdfirmen-Beschäftigte) und das gemeinsame Handeln aller in einem Werk Arbeitenden. Unterschiedliche Tarife für Stammbeschaft und Neueingestellte sind Spaltung. Für die Solidarität mit den Erwerbslosen!

9. Solidarität mit den Beschäftigten aller Branchen gegen den Generalangriff des Kapitals: z.B. gegen Arbeitszeitverlängerung, Agenda 2010 oder Hartz IV - für Mindestlohn.

10. Wir wollen die Auseinandersetzungen politisieren, damit die Dimension des Angriffs deutlich wird.

11. Die Jugend ist unsere Zukunft. Wir kämpfen dafür, dass jedeR Jugendliche einen Ausbildungsplatz entsprechend seinen Interessen und Neigungen erhält.

12. Die Entscheidungen in der Gewerkschaft und den betrieblichen Gremien müssen nachvollziehbar und demokratisch kontrollierbar sein. Wir verwahren uns gegen jede Repression gegen gewerkschaftliche Aktivisten.

metallertreff@yahoo.de

Erpresswerk Opel: Mit Lohnverzicht Investitionen finanziert

Im Herbst vergangenen Jahres hatte GM angekündigt, etwa 10 000 Stellen in Deutschland zu streichen. Die Opel-KollegInnen in Bochum haben daraufhin eine Woche die Arbeit niedergelegt. Danach begannen Verhandlungen. Nach monatelangem Tauziehen wurde Anfang März der "Zukunftsvertrag 2010" bei Opel besiegelt. Wie schon bei DC erreicht Opel Einsparungen von mind. 500 Mio. Euro jährlich. Die Opel-Belegschaften müssen bittere Pillen schlucken. Nach reichlicher und intensiver Diskussion hat sich die Bochumer Vertrauenskörperleitung gegen die Vereinbarung entschieden. "Mit diesem Vertrag weichen wir als Gewerkschafter von der Erreichung unserer gewerkschaftlichen Ziele ab und können diesem Vertrag, so wie er uns vorliegt, nicht zustimmen". Mitte März hat die Belegschaft ihr Votum abgegeben: von 9200 Beschäftigten in Bochum haben 6184 abgestimmt, 4212 mit Ja. Rund 1800 haben bislang einen Abfindungsvertrag unterschrieben.

Was beinhaltet der "Zukunftsvertrag 2010"?

So sollen die Einkommen nach und nach bei Opel an den rund 20 Prozent niedrigeren Flächentarif der Metallindustrie angeglichen werden. Für die Jahre bis 2010 sind mehrjährige Nullrunden und Lohnabsenkungen vorgesehen.

Diese sind für die einzelnen Werke unterschiedlich. Das Weihnachtsgeld wird für alle Beschäftigten ab dem nächsten Jahr von derzeit 130 Prozent eines Monatslohns auf dann 70 Prozent reduziert. Zudem wird die Arbeits-

zeit in einem Korridor zwischen 30 und 40 Wochenstunden bei durchschnittlich 35 Stunden flexibilisiert, wodurch Überstundenzuschläge wegfallen. Auch an 15 Samstagen im Jahr müssen die Beschäftigten demnächst zur Arbeit bereitstehen – ohne entsprechende Zuschläge. Es gibt ein Korridorarbeitszeitmodell mit bis zu 17 Schichten. Für 2006 und 2007 gibt es keine Übernahme-

verpflichtung für die Auszubildenden. In Bochum, Kaiserslautern und Rüsselsheim werden 6000 Arbeitsplätze abgebaut. Zusätzlich gibt es noch viele andere Maßnahmen.

Aber die nun allseits gefeierte Sicherung der Standorte und (der nach der möglicherweise



»sozialverträglichen« Vernichtung von fast 10 000 Stellen) verbleibenden Jobs ist keine. Die IG Metall hat in ihrer Mitgliederzeitschrift unlängst selbst zugegeben, dass derartige »Standortsicherungsverträge« in den 90er Jahren die fortgesetzte Arbeitsplatzvernichtung bei Opel nicht verhindert haben. Und auch die Zukunft des Werks in Bochum insgesamt ist durch die Montage des Astra-Fünftürers nicht dauerhaft garantiert. Was jetzt stattfindet, ist lediglich die Schließung auf

Raten. Mit der Komponentenfertigung für die anderen europäischen GM-Werke verliert die kampferprobte Bochumer Belegschaft ihr Faustpfand, durch das sie im Arbeitskampf enormen ökonomischen Druck erzeugen konnte. Zudem bedeutet der Abbau von 3 600 der bislang knapp 10 000 Jobs im Werk ein Ausbluten nicht nur der Gesamtbelegschaft, sondern auch der Schicht von Aktivisten und Vertrauensleuten, die die einwöchige Arbeitsniederlegung im Oktober maßgeblich getragen hatten.

Der Fall von GM Europe wird als besonderes Beispiel dafür gewertet, wie große multinationale Unternehmen versuchen, Arbeitnehmer und Gewerkschaften grenzüberschreitend gegeneinander auszuspielen. So meint Opel-Vorstandschef Demant, dass die deutschen Produktionsstätten sich »auf Grundlage eines fairen Wettbewerbs« gegen die General-Motors-Werke in Schweden und Großbritannien durchgesetzt hätten.

Welche Rahmenbedingungen haben die Auseinandersetzung beeinflusst?

Ein tarifpolitischer Trend des Jahres 2004 war die zunehmende »Verbetrieblichung«, die Verlagerung der Auseinander-

setzungen um Einkommen und Arbeitszeit auf die Ebene der Betriebe.

Einschneidende Vereinbarung war der für die Metall- und Elektroindustrie im letzten Jahr in Pforzheim erzielte Abschluss. Dieser enthielt eine Öffnungsklausel, mit der nicht nur in wirtschaftlich stark gefährdeten Unternehmen, sondern auch »zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit und Innovation« vom Flächentarifvertrag abgewichen werden kann. Dies kam in über 100 Betrieben zur Anwendung. Einschneidend war, dass dies in kampfstarken Großkonzernen wie Siemens, DaimlerChrysler und Opel zur Anwendung kam. Dies hatte und hat Signalwirkung.

Welche Schlussfolgerungen sollte die Gewerkschaftsbewegung ziehen?

Die Auseinandersetzung mit der Ideologie "Verzicht erhält Arbeitsplätze" ist dringlich. Gegen diese Ideologie muss Front gemacht werden. Genauso müssen wir uns mit der Standortsicherungsargumentation auseinandersetzen und sie ad absurdum führen. Die zunehmende Verbetrieblung der Tarifpolitik schwächt die Gewerkschaftsbewegung und muss sofort gestoppt werden, bevor die Flächentarife damit vollständig kaputt gehauen werden.

Eine Schlussfolgerung der Gewerkschaftsbewegung sollte sein, sich bundesweit besser zu vernetzen, sich in Kämpfen gegenseitig zu unterstützen, gemeinsame Fronten aufzubauen gegen den Generalangriff des Kapitals, auch wenn dies nicht von der Gewerkschaftsspitze unterstützt wird. Der Auf- und Ausbau der – auch internationalen – Basisvernetzung als Alternative zur Gewerkschaftsspitze, die in diesem Konflikt offen als Streikbrecher aufgetreten ist, tut Not.

C. H.

Zum Tarifabschluss im Öffentlichen Dienst Stellvertreterpolitik, aber gute

1. Tarifpolitik ohne Basis

Mit der Unterschrift unter den neuen Tarifvertrag Öffentlicher Dienst (TV ÖD) hat ver.di am 9. Februar eine tiefgreifende und langfristig wirkende Reform des Tarifrechts mit vielen Auswirkungen in die Arbeitsbeziehungen besiegelt. Kernpunkte der zunächst nur für Bund und Kommunen, nicht für die Länder geltenden Regelungen sind ein für ArbeiterInnen und Angestellte einheitliches Entgeltverzeichnis mit 15 Gruppen, die Einführung einer Niedrigentgeltgruppe, der Grundsatz der Besitzstandswahrung für Beschäftigte, die Verteidigung der 38,5 Stunden-Woche (mit einigen offenen Flanken), die langfristige Einführung von Leistungsentgeltelementen, die Sicherung der Unkündbarkeitsregelungen, eine Verbesserung des Zuschusses zum Krankengeld, sowie ein weiterer Schritt Ostangleichung bei Arbeitszeit und Entgelt. Verknüpft war das Ganze mit einer Entgelttrunde, die 300 Euro jährlich für 2005, 2006 und 2007 im Westen und Angleichungsschritte von jeweils 1,5 % im Osten erbrachte.

Abgelöst wurde damit (im Prinzip) der "BAT", wie das komplexe Tarifrecht des Öffentlichen Dienstes mit am Ende 17 000 Tätigkeitsmerkmalen etwas verkürzt firmierte. Die 3000 Seiten, auf die das gesamte Tarifwerk im Öffentlichen Dienst inzwischen angeschwollen waren, geben einen Hinweis auf seine Komplexität, Intransparenz, Verwachsungen und auch Reformbedürftigkeit.

Während es nach dem Abschluss in den betroffenen Bereichen weder Begeisterung noch Aufstände gegeben hat, was man als gutes oder

schlechtes Zeichen werten kann, tobt der Streit über die Bewertung des TV ÖD bei Gewerkschaftslinken und in den traditionell kampfstärkeren Bereichen des Öffentlichen Dienstes.

Auch wenn niemand bei so vielen und unterschiedlich wirkenden Elementen eine saubere Soll-und-Haben-Rechnung dieses Abschlusses aufmachen kann, lässt sich behaupten, dass es sich, vergleicht man das materielle Ist der jetzt Beschäftigten mit dem der Folgegeneration der Beschäftigten im ÖD um ein Minus, einen Tarifvertrag mit langfristiger Absenkungswirkung handelt. Hier summieren sich der Wegfall der Familienzuschläge für Neueingestellte, die Einschränkung von Überstundenzuschlägen in Folge ausgeweiteter Arbeitszeitkorridore, der fast dreijährige Verzicht auf tabellenwirksame Entgelterhöhung und die besonders umstrittene Einführung einer Niedriglohngruppe.

Für letzteres gilt: Niederlagen sind schon schlimm, aber bemäntelte und schön geredete Niederlagen um so mehr, weil sie dem eigentlichen Schaden noch einen Glaubwürdigkeitsverlust hinzufügen. Mag sein, dass sich durch Anpassung nach unten weitere Privatisierungen in den Wirtschafts- und ArbeiterInnenbereichen des ÖD (Reinigung, Gartenbau, Kantinen,...) verhindern lassen. Aber das doch nur um den Preis, dass sich das

erstens eine Etage tiefer abspielt und zweitens den Arbeitgebern in den privaten Bereichen die besten Argumente an die Hand geliefert werden, ihren Belegschaften mit Verweis auf die Absenkung im Öffentlichen Dienst weitere Zugeständnisse abzupressen, ansonsten ihre Arbeitsplätze in Gefahr seien.

Allerdings, an die eigene, gewerkschaftslinken Adresse gerichtet: es ist auch nicht damit getan, den Erhalt der formalen Tarifstandards zu fordern und ggf. zu feiern, aber nicht verhindern zu können, dass sich wie bisher ein wahrer Exodus aus den vergleichsweise gut dotierten und existenzsichernden Lohngruppen am unteren Ende im Öffentlichen Dienst in die Niedriglohnbereiche der angrenzenden privaten Branchen abspielt.

Mit der neuen Niedriglohngruppe hat sich ver.di einen weiteren Widerspruch eingehandelt: Eine Niedriglohngruppe mit 1 286 Euro beginnend liegt deutlich unter dem von ver.di selbst geforderten Niveau eines gesetzlichen Mindestlohns von 1500 Euro. Um den Abstand oder dieses Verhältnis genau zu bestimmen, müssten einerseits auch weitere

Entgeltbestandteile und die Zusatzversorgung im ÖD einbezogen werden; andererseits wäre genauer zu definieren, was alles Mindestlohn beinhalten soll.

Was allgemein gilt, trifft auch hier zu: sich durch Absenkung eine günstigere Wettbewerbsposition verschaffen zu wollen, führt nur weiter in die Dumpingspirale hinein. Ein Ausweg, der den Namen Reform verdienen würde, wäre, hier wie grundsätzlich,

die Tarifkonstellation zwischen den Beschäftigten in den privaten und öffentlichen Bereichen, die – auch wenn wir das nicht gewollt haben - zueinander in Konkurrenz stehen, tarif-strategisch zusammenzuführen und dadurch wieder handlungsfähig zu machen.

Also hätte man diesen Tarifvertrag nicht unterschreiben dürfen, weil er, gemessen am status quo, langfristig zu einer Niveauabsenkung führt? Das allein kann nicht der Beurteilungsmaßstab sein. Gerade aus linker Sicht kann die Frage nach dem Umfeld, den Handlungsbedingungen und den Alternativen nicht übergangen werden.

Von der ver.di-Führung, immer unterstützt von der Bundestarifkommission für den Öffentlichen Dienst, wurde die Reform des Tarifrechts ÖD von vornherein nicht als antagonistischer Tarifkonflikt, sondern als korporatistisches Reformprojekt angelegt. Es wurde nicht auf Druck-entfaltung gesetzt, die die Gegenseite zu Kompromissen hätte zwingen können. Vielmehr wurde auf die Motivation der Arbeitgeberseite gesetzt, aus dem sperrigen BAT herauszukommen, und auf das mutmaßlich weite Feld von Reformmöglichkeiten, die mehr oder weniger verteilungsneutral zu haben sein würden, also beiden Seiten nutzen und niemandem schaden würden. Gesetz wurde damit auch auf die abschreckende Wirkung des Szenarios, nach dem die Arbeitgeber in einer atomisierten Tariflandschaft noch jahrelang mit den Nachwirkungen des BAT geschlagen wären. Den Rest sollte die weit im Hintergrund gehaltene Drohung besorgen, im Fall des Scheiterns eine Mobilisierung aus dem Stande aufzubauen.

Da man in einen moderierten Prozess anders als in eine Tarifrunde nicht mit Forderungen, sondern mit Themen und allgemeinen Zielvorstellungen hineingeht, gab es hier von vornherein keine umfassende Information, keine Mobilisierung in den Betrieben, keine tarifdemokratische Aufstellung von Forderungen und am Ende sozusagen folgerichtig auch keine Rückkoppelung des Verhandlungsergebnisses mit der Basis und erst recht keine Erklärungsfristen.

Ob man dies für falsch oder aus der Not für alternativlos hält - dies war bewusst und von A bis Z Stellvertreterpolitik. Auf einem anderen Blatt steht, dass es unter einer solchen Prämisse immer sowohl gute und effektive Stellvertreterpolitik geben kann, mit der das Publikum am Ende zufrieden, für die es gar dankbar ist, wie auch miserable.

Begründung oder unausgesprochener Grund für diese Strategie eines moderierten Prozesses, einer stellvertretenden Tarifpolitik, war dreierlei:

1. Die Komplexität des Themas. Natürlich ist es für die Mitglieder schwer, die Wirkungen dieses Regelwerks für sich beurteilen zu können, wobei viele Wirkungen ja erst für die Nachfolgeneration von Beschäftigten eintreten werden. Es wird Beschäftigungsgruppen mit langfristigen Besser- und Schlechterstellungen geben, die womöglich gegeneinander gestanden hätten. Dennoch: Auch wenn es nicht einfach gewesen wäre, diese Komplexität hätte, wenn es gewollt gewesen wäre, reduziert werden können, um Interessen und Ziele deutlich werden zu lassen.

2. Irritation der Gegenseite.
Insbesondere in der Schlussphase des Prozesses bestand ver.di-seitig die berechnete Befürchtung, im Arbeitgeberlager könnten sich die Falken durchsetzen und den absehbaren Kompromiss torpedieren. Gerade aus den kommunalen Arbeitgeberverbänden aus unionsgeführten Bundesländern wurde besonders in der Arbeitszeitfrage Druck gemacht und wurden Sollbruchstellen (Scheitern der Verhandlungen, Auseinanderbrechen der Arbeitgeberverbände) ausgelotet. Eine Strategie, die auf Mobilisierung verzichtet, hätte dem nichts entgegensetzen gehabt.

3. Die Angst vor der eigenen Schwäche. Die Frage der Mobilisierungsfähigkeit darf nicht vom status quo aus beantwortet werden. Ihr Maßstab muss die unter Aufbietung aller Möglichkeiten von Anfang an zu entwickelnde Dynamik sein. Sie darf zweitens und andererseits nicht die mobilisierungsstarken Bereiche einer Branche zum Maßstab nehmen, auch wenn die eine Lokomotivfunktion wahrnehmen können, sondern muss auch die schwächeren Bereiche ins Kalkül einbeziehen, die in der Auseinandersetzung zu Einfallstoren der Gegenseite werden können.

Ob bei Berücksichtigung all dessen von einer Mobilisierungsfähigkeit hätte ausgegangen werden können, die sich vor allem im Konflikt um längere Arbeitszeiten hätte bewähren müssen, daran sind Zweifel berechnete, die nicht moralisch abzuqualifizieren sind, die politisch rational abgewogen werden müssen. Sich über sie hinwegzusetzen, ist unverantwortlich. Andererseits muss, wer die Mobilisierbarkeit verneint, die Frage beantworten, wie sich mit so einem Eingeständnis auf die Dauer

leben lässt als Gewerkschaft, wo denn das Besondere dieses Tarifprojekts war, was eine Verallgemeinerung für weitere Tarifauseinandersetzungen - mit verheerenden Folgen - verböte, wie denn langfristig eine Mobilisierungsfähigkeit wieder hergestellt werden soll.

2. Immanente Bewertung

Stellt man die Frage, ob eine von vornherein auf Mobilisierung ausgerichtete kämpferische Anlage dieses Tarifprojekts möglich gewesen und bessere Ergebnisse hätte erbringen können, für einen Moment zurück und bewertet das Resultat immanent, so stellt es sich zumindest in der Präzedenzfrage der Arbeitszeit als politisch beachtliches und strategisch intelligent angelegtes Konstrukt dar. Politisch beachtlich, weil es Arbeitszeitverlängerung im Wesentlichen verhindert hat und strategisch intelligent, weil es eine relativ günstige Ausgangslage für künftige Auseinandersetzungen in der Arbeitszeitfrage schafft.

Auf Ebene des Bundes wurde die 39-Stunden-Woche vereinbart. Dies bedeutet im Westen eine halbe Stunde Mehrarbeit ohne Lohnausgleich. Im Osten, wo die 40-Stunden-Woche gilt, bedeutet es eine ganze Stunde Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich. Angesichts der desolaten Tarifsituation in den neuen Bundesländern und dem über alle Branchen hinweg mächtigen Trend der Arbeitszeitverlängerung mit Dumpingwirkung im Westen ist dies für sich genommen ein sensationeller Erfolg, und abgewogen mit der Arbeitszeitverlängerung von einer halben Stunde im Westen ein insgesamt vertretbares Ergebnis.

Die Befürchtung, damit sei der Damm gebrochen und die 39-Stundenwoche zur neuen Kompromisslinie im Öffentlichen Dienst geworden, ist nicht berechnete. Natürlich sind Niederlagen in der Arbeitszeitfrage im ÖD für die Zukunft nicht vom Tisch, aber sie hätten wenig mit diesen 39-Stunden beim Bund zu tun. Eine Übertragung dieser Nivellierung auf Kommunen und Länder funktioniert nicht, weil der Ausgleich zwischen Länger und Kürzer finanzausgleichstechnisch nur beim Bund als einem Arbeitgeber für Ost und West möglich war, nicht aber bei Kommunen und Ländern, die einen Finanzausgleich zwischen Ostkommunen bzw. -ländern und Westkommunen bzw. -ländern organisieren müssten, was fast unmöglich oder höchstens durch komplizierte staatlich (gesetzlich) vermittelte Ausgleichskonstruktionen möglich wäre.

Auf der Ebene der Länder war die Situation von vornherein anders, weil sich ihr Arbeitgeberverband, die TdL, letztlich selbst aus dem Reformprozess verabschiedet hatte, in dem er verabredungswidrig durch Aufkündigung der Verhandlungsgemeinschaft mit Bund und Kommunen seinen Mitgliedern Arbeitszeitverlängerungen und Kürzungen von Weihnachts- und Urlaubsgeld ermöglichte. Diese Spaltung im Lager der Öffentlichen Arbeitgeber hat parteipolitische Bezüge und drückt die unterschiedliche Strategie des rot-grünen gegenüber dem schwarz-gelben Lager, was die Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften betrifft, aus.

Während die ersteren auf institutionellen Erhalt von Gewerkschaften und den formalen Erhalt von Tarifverträgen setzen, in der Hoffnung in diesem Rahmen ihre neoliberal begründete Absenkungspolitik reibungsloser umsetzen zu können, setzen die anderen auf die Crash-Variante: Gewerkschaften institutionell brechen, betriebliche Regelungen statt Tarifverträge!

Zumindest in diesem Fall ist die Rechnung der Ländermehrheit nicht aufgegangen. Der Modernisierungs- und langfristige Absenkungsprozess ist zwar nicht so weit gegangen, wie sich die Konservativen das gewünscht hatten, aber er hat - so verstanden - funktioniert. Ver.di hat sich aus Arbeitgebersicht als moderner Co-Manager und nicht als betonköpfiger Blockierer erwiesen. In dieser Ecke stehen jetzt Teufel, Stoiber und Koch selbst. Sie sind Gefangene und Opfer ihrer eigenen Ideologie und Vorurteile.

Die einheitliche Medienresonanz war: die Konservativen haben die Flexibilität und Modernisierungsbereitschaft der Gewerkschaften unterschätzt, sie selbst sind die Modernisierungsverweigerer und sollen sich jetzt aus dem Schmollwinkel (Schiermeyer in der Stuttgarter Zeitung) herausbewegen, in den sie sich selbst hineinmanövriert haben. Diese positive Beurteilung des Abschlusses in allen Medien dürfte auch zu der ruhigen, überwiegend zustimmenden Bewertung in Mitgliedschaft und Betrieben beigetragen haben.

Die TdL hat nicht nur öffentlich, sondern auch tarifstrategisch die schlechteren Karten. In einzelnen Ländern können zwar weiterhin

Neueingestellte nach selbst gestrickten willkürlichen Bedingungen (zunächst nur) bei Arbeitszeit, Urlaubs- und Weihnachtsgeld eingestellt werden. Den alten BAT, der für bereits Beschäftigte nachwirkt, haben sie aber auf viele Jahre am Bein und damit das Tarifchaos sowohl zwischen den Ländern als auch innerhalb der einzelnen Dienststellen.

Hinzu kommt eine von den kommunalen Arbeitgebern im TV ÖD durchgesetzte "Meistbegünstigungsklausel", die die kommunalen Arbeitgeber davor schützt, dass ver.di mit

Der Tarifabschluss hat ver.di damit gegenüber den Ländern in eine relativ günstigere strategische Position gebracht, die die Organisations- und Mobilisierungsschwäche im Länderbereich ein wenig kompensieren kann.

Auf der Ebene der Kommunen wurden die bisherigen Arbeitszeiten - im Osten die 40-, im Westen die 38,5 Stundenwoche - festgeschrieben, Pferdefuß ist allerdings eine Öffnungsklausel, ohne die die 38,5 nicht zu haben gewesen wären.



der TdL (aus Arbeitgebersicht) günstigere Regelungen in der Arbeitszeitfrage vereinbart. Diese würden dann nämlich automatisch, d.h. ohne weitere Verhandlungen für alle Kommunen auch (zumindest als Angebot) gelten. Was die kommunalen Arbeitgeber davor schützen soll, als die Blöden dazustehen, wenn "Günstigeres" mit den Ländern vereinbart würde, schützt auch nach innen besser als jedes Tarif-Controlling davor, dass ver.di gegenüber den Ländern einknickt.

Die besonderen Bedingungen dieser Öffnungsklausel unterscheiden sie von anderen Klauseln, die große Einfallstore für Tarifdumping bieten.

- Kündigen können nur die kommunalen Arbeitgeberverbände auf Landesebene gegenüber den verdi Landesbezirken,
- die Öffnung ist auf 40 Stunden/Woche begrenzt.

Letzteres bedeutet, dass eine Kündigung in den neuen Ländern, wo die Kräfteverhältnisse besonders ungünstig sind, nicht möglich ist, weil dort die 40-Stundenwoche ohnehin gilt. Eine strategisch gefährliche offene Flanke ist damit abgesichert. Ähnlich wirkt die Regel, dass nur auf Länderebene gekündigt werden kann. Damit wird verhindert, dass über Kommunen mit unterentwickelten

Gewerkschaftsstrukturen (Landkreise, Kleinstädte) der allgemeine Tarif gekippt werden kann. Bei einer Kündigung beispielsweise seitens des baden-württembergischen kommunalen Arbeitgeberverbands (KAV), die dieser tatsächlich plant, würde er eine Konfrontation unter Einbeziehung der traditionell kampfstarken Belegschaften in den größeren Städten vom Zaun brechen.

Durch die mit der Öffnungsklausel "eröffnete" Auseinandersetzungsebene sind die Kräfteverhältnisse nicht anders, durch den Ausschluss der neuen Länder von der Öffnungsmöglichkeit vielleicht sogar besser, als bei einer bundesweiten Tarifaufeinandersetzung. Damit ist der Konflikt dahin konstellierte, wo wir ihn am ehesten bestehen und für uns entscheiden können.

3. Fazit

Der Tarifabschluss im Öffentlichen Dienst ist vor dem Hintergrund der andauernden politischen und ökonomischen Defensivsituation zu bewerten, auf die die Gewerkschaften nach wie vor keine Antwort haben. Dieses Dilemma zeigt

sich insbesondere bei der vereinbarten Niedriglohngruppe, die sich in der Logik der Tarifkonkurrenz bewegt statt Ansätze zu ihrer Überwindung zu entwickeln. Wenn eine Kritik an diesem Ergebnis berechtigt ist,

Genosse der Bosse

Der Bundesverband der deutschen Industrie weiß zu feiern. 900 Ehrengäste nahmen in Berlin am Gala-Empfang zum Amtsantritt des neuen BDI-Präsidenten Jürgen Thumann teil. Mit dabei Bundeskanzler Gerhard Schröder, der vielleicht noch nie ein so entspanntes Verhältnis zum Industrie-Spitzenverband hatte wie heute. Kaum einer der führenden Unternehmer und Verbandsvertreter wird bei der Bundestagswahl 2006 der SPD seine Stimme geben, aber immer mehr von ihnen wünschen sich Schröder weiter als Kanzler.

Süddeutsche Zeitung, 26.1.2005

dann die, dass die Gewerkschaften sich weiterhin nicht mit den Gründen ihrer Defensive und damit den Rahmenbedingungen dieses Abschlusses beschäftigen, sondern es bei Gegenprogramm, die immer wieder an der betrieblichen und tariflichen Realität zerschellt, bewenden lassen.

Andererseits bietet der Abschluss in der Arbeitszeit eine gute Ausgangslage, im Rahmen der gegebenen Bedingungen wieder ein Stück in die Offensive zu kommen. Zum 30.11.05 können die kommunalen Arbeitgeber erstmals die Öffnungsklausel zur Verlängerung der Arbeitszeit in Anspruch nehmen. Die Auseinandersetzung an dieser Stelle ist eine Chance, die ver.di nutzen muss. Dies kann aber nur gelingen, wenn jetzt der Konflikt offensiv angegangen wird.

Erforderlich wäre,
-umgehend ein Konzept für eine strategische Mobilisierung zu entwickeln,
-die Möglichkeit von offensiven Gegenforderungen (Arbeitszeiterkürzung, materielle Forderungen, soweit es der Tarifvertrag erlaubt) zu prüfen,

-die Möglichkeiten der strategischen Verknüpfung von Landes- und kommunalem Bereich zu klären,
-ÖD-, landesbezirks- und ver.di -übergreifende Unterstützungsmöglichkeiten zu

eruiieren,
-eine breite bündnisorientierte politische Arbeitszeitkampagne mit Kirchen, Erwerbsloseninitiativen, Sportverbänden, Frauen- und Männerpolitik, attac und anderen zu entwickeln, die alle auf unterschiedliche Weise negativ von Arbeitszeitverlängerung und Desynchronisation gesellschaftlicher Arbeitszeiten betroffen sind.

Und es muss die unglaubliche, aber nicht untypische Ignoranz überwunden werden, mit der in einem europäischen Nachbarland Arbeitszeitkampagnen und in einem anderen Massendemonstrationen und Streiks gegen Arbeitszeitverlängerung stattfinden, ohne dass das wechselseitig überhaupt wahrgenommen wird, geschweige denn als gemeinsames Thema aufgegriffen wird.

Werner Sauerborn,
März 05

Aufforderung zum Rücktritt Offener Brief von Fachbereich 5 Verdi Stuttgart

Sehr geehrter Herr Sommer,

(das Kollege trifft ja ganz offensichtlich nicht mehr zu)

Nach den erfolgreichen Demonstrationen am 3. April 2004 mit über 500.000 TeilnehmerInnen hatten alle erwartet, dass dies der Auftakt für Aktionen gegen Sozialabbau und gegen die Angriffe der Kapitaleseite ist. Doch nein wie schon im Jahr davor hat der DGB, mit Ihnen an der Spitze, sich in die Sommerpause verabschiedet. Als dann die Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV begannen, glänzte der DGB, zumindest auf Bundesebene, durch Abwesenheit. Obwohl die Unterstützung durch die offizielle DGB-Politik fehlte, konnten durch die Protestaktionen doch kleine Verbesserungen durchgesetzt werden (Auszahlungslücke...).

Ihre Aufgabe als DGB-Vorsitzender wäre es eigentlich, gemeinsam mit den Millionen betroffener Kolleginnen und Kollegen, sei es denen in den Betrieben oder den schon "freigesetzten"

KollegInnen den Widerstand zu organisieren gegen die neoliberale Politik des Sozialabbaus und der Arbeitslosigkeit. Stattdessen wollen Sie lieber zusammen mit Kapital und Kabinett diese Politik gestalten. Doch dafür werden Sie von unseren Mitgliedsbeiträgen nicht bezahlt, denn das ist eine Einladung an die Herrschenden, mit dem Abbau der sozialen Standards, mit Sozial- und Demokratieabbau weiterzumachen. Eine Gewerkschaft, die nicht mehr zusammen mit den betroffenen Kolleginnen und Kollegen den Widerstand organisiert, sondern lieber mit der Kapitaleseite kungelt, hat für die abhängig Beschäftigten und die Millionen Arbeitslosen jeglichen Gebrauchswert verloren. Dies sind auch die wesentlichen Gründe für Mitgliederverluste. Eine solche Gewerkschaft wird sich über kurz oder lang selbst überflüssig machen.

Nachdem Sie im Spiegel erklärten, dass Sie den Sozialabbau nun mitgestalten wollen, also nicht bereit sind, den Kampf gegen die Angriffe der Kapitaleseite zu organisieren, fordern wir Sie auf als Vorsitzender des DGB zurück zu treten.

**Beschlossen am 17.2.05
vom Vorstand des Fachbereichs 5
Bildung, Wissenschaft und Forschung**



Ein Damm gegen die Kapitaloffensive!

Die Kapitaloffensive wird konzentrisch von Großunternehmen, der „rot-grünen“ Koalitionsregierung, den staatlichen „Arbeitgebern“ fortgesetzt und von den unabhängigen Medien massiv unterstützt.

Das Arbeitslosengeld II, die radikale Absenkung der gesetzlichen Leistungen, wurde am 1. Januar eingeführt. Die Erwerbslosigkeit nimmt weiter zu; sie beträgt real nicht 5,2, sondern etwa 7 Millionen. General Motors verlangt eine Lohnsenkung der Bochumer Opelaner um 20 Prozent auf das ostdeutsche Niveau der Eisenacher Kollegen - das ist die reale „Wiedervereinigung“. Vermutlich entsteht eine große Koalition von Regierung und CDU/CSU, die gemeinsam die auch so armen Unternehmer weiter finanziell fördert auf Kosten der steuerzahlenden Arbeiter. Gibt es da noch viel an Steuern zu senken? Dieter Hundt fordert, die Altersrenten weiter zu kürzen. Die Pflegeversicherung soll von den Alten weitere Beiträge fordern. - Genug der Beispiele - jeder Leser kann die Liste beliebig verlängern.

Die Antwort unseres DGB-Vorsitzenden Michael Sommer: Wir akzeptieren Hartz IV, haben dummerweise zuviel protestiert(!), wollen weiter die Sozialabgaben senken (Entlastung der Unternehmer), wünschen einen neuen „Dialog“. Das ständige Nachgeben bei allen Verhandlungen wird manchmal schön geredet, weil „wir noch Schlimmeres verhüten haben“. Diese Taktik des kleineren Übels ist ein sehr großes Übel; sie offenbart, daß die Gewerkschaften kein eigenes (Gegen-)Konzept haben. Der DGB läßt sich gar von MacKinsey beraten!

Die Antwort der Unternehmer: Immer neue Forderungen, empörende Arroganz. Josef Ackermann, Einkommensmillionär, begnügt sich für die Deutsche Bank nicht mit 18 Prozent Eigenkapitalrendite, sondern verlangt 25 Prozent; dafür werden 6.200 Beschäftigte auf die Straße gesetzt. Das ist die neue Entwicklungsstufe des Kapitalismus: in 4 Jahren muß das Kapital an den Aktionär (den „Investor“) zurückfließen. Gerhard Schröder und Wolfgang Clement appellieren an Patriotismus und Moral der Kapitalisten - ein Witz! - In Frankreich demonstrieren viele Hunderttausende gegen den Sozialabbau - und einen Tag liegt das Land still.

Doch für uns gibt es kein Klagen, sondern nüchterne Klarheit über das Wesen des modernen Kapitalismus und über den ungeordneten Rückzug unserer Gewerkschaften, deren Existenz ernstlich bedroht ist, da die Austritte zunehmen. Wir sehen auch die vielen Proteste und die Wut der Werktätigen: Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV im Osten, Proteste bei Opel-Bochum, bei Daimler in Esslingen-Mettingen, viele lokale Aktionen, die meist in der freien Presse totgeschwiegen werden.

Der Dambruch wurde deutlich mit dem Pforzheimer Abkommen vom Sommer 2004, in dem Berthold Huber (ohne die Tarifkommission auch nur zu hören) die IG Metall zur Mitverantwortung für die Wettbewerbsfähigkeit verpflichtete. Das ist das Gegenteil zur Grundaufgabe der freien Gewerkschaften: Solidarität der Lohnabhängigen im Betrieb, im Land und international zu schaffen. Folge: Die Bochumer und Rüsselsheimer werden jetzt gezwungen, durch Lohndumping gegen ihre schwedischen

KollegInnen in Trollhättan zu kämpfen. Trotz unserer Nachgiebigkeit und aller Verzichte gibt es weder neue Arbeitsplätze, noch auch nur Sicherung der bisherigen, sondern weiteren Abbau bei gleicher Produktion. Das Eintreten für die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Kapitalismus ist der konträre Gegensatz zum Gebot der proletarischen Solidarität. In der Wirtschaftskrise sind wir schwächer - das wissen wir, weil die Kampfmöglichkeiten geringer sind. Aber wir sind doppelt schwach, weil unsere Führungen die wenigen Möglichkeiten nicht nutzen und weil die meisten unserer Oberen den Kapitalismus akzeptiert haben und nicht über diesen hinausdenken und hinausgehen wollen.

Ein neuer Damm muß gegen die fortschreitende Kapitaloffensive errichtet werden.

Was ist dazu notwendig?

1. Wir brauchen ein Aktionsprogramm, auf das sich die kritischen Kräfte in Gewerkschaft und Betrieb einigen können. Dazu gehören vor allem folgende Hauptpunkte.

-Keine weiteren Entlassungen, sondern Kampf um Arbeitszeitverkürzung mit Lohn- und Personalausgleich

-Gegen Massenarbeitslosigkeit Schaffung eines öffentlichen Beschäftigungssektors für die gesellschaftlichen Aufgaben der Lebensvorsorge, für die Verbesserung der sozialen und kulturellen Infrastruktur zu Tariflöhnen

-Erhaltung des Flächentarifvertrages , keine weiteren „Öffnungsklauseln“

-Erhaltung des Sozialversicherungssystems , kein weiterer Leistungsabbau

-Rückkehr zum früheren System der Erwerbslosenversicherung

-für einen gesetzlichen Mindestlohn, gegen Niedriglohnsektor und 1Euro-Jobs

-Schluß mit der Privatisierung öffentlicher Dienste und Einrichtungen

-Eine neue Steuerpolitik, die auch die Unternehmer und Millionäre zur Kasse bittet. Kein weiterer Abbau der Unternehmenssteuern!

Schluß mit den Staatsausgaben für Hochrüstung und Militäreinsätze in fremden Ländern

-Keine Produktionsauslagerungen, statt dessen Auslagerung der Manager; Produktion und Maschinen unter die Kontrolle der „Arbeitsplatzbesitzer“

-Effektive Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Betriebsräten der EU und international.

Manche dieser Forderungen werden die Herren unserer Gesellschaft unter viel Druck akzeptieren, andere sicher nicht, weil sie dem Wesen des modernen Kapitalismus in seiner neuen Entwicklungsphase widersprechen. Der Kapitalismus wird immer unmenschlicher ,brutaler,



arroganter , weil Profitmaximierung und Shareholder-value seine Motoren und Ziele sind und weil sie keine Gegenwehr spüren. Der moderne Kapitalismus ist immer weniger innovativ und investiv. Er zerstört bürgerliche Demokratie und Naturre Ressourcen.

Eine andere Gesellschaft ist möglich und notwendig; eine nicht-kapitalistische kann nur eine sozialistische Gesellschaft sein. Unsere Gesellschaft ist reich genug und hat genügend fähige Menschen, die es besser für die Masse der Arbeitenden richten können, als die heutigen Manager und ihre Minister.

2. Wir brauchen eine Bündelung der Kräfte. Ein gemeinsam erarbeitetes Aktionsprogramm muß zum virtuellen Sammelpunkt werden. Es muß alle Werktätigen ansprechen - die Arbeitenden, die Erwerbslosen und die Rentner - und zu gemeinsam geplante[m] Protest und Widerstand führen.

Um den Druck zu verstärken und die Widerstandsfront zu verbreitern, sind die kritischen sozialen Bewegungen zum Zusammenwirken einzuladen.

3. Die linken Gewerkschaftler haben hier ihre wichtige Aufgabe; denn es geht auch um die Zukunft unserer Organisationen:

-Gemeinsamer Druck auf unsere

Führungen

-Rückkehr zum Klassenkampf

-landesweite Solidarität und Koordination der lokalen und betrieblichen Protestaktionen

-Stärkung der klassenkämpferischen Medien.

Theodor Bergmann

Impressum:

Das Info des "Netzwerks Gewerkschaftslinker" erscheint vier mal jährlich. Beiträge sind erwünscht. Redaktionsschluss des nächsten Infos ist der 10. Juni.

Redaktionelle Kürzungen sind vorbehalten. Namentlich gezeichnete Beiträge verantworten die Autoren. V.i.S.d.P: Ewald Wehner, Bernd Riexinger, H.G.Lang, Theodor Bergmann.

Kontaktadresse: Ewald Wehner, Paul-Gerhardt-Ring 15, 60528 Frankfurt/M.